

# Beschlüsse der 28. Sitzung

des Studierendenparlaments der Universität Münster



Präsidium des 62. Studierendenparlaments

Leon Focks (Präsident)  
Katharina Sell (Stv. Präsidentin)  
Johannes Jokiel (Stv. Präsident)

In der 23. Sitzung des 62. Studierendenparlaments wurden die unten stehenden Beschlüsse gefasst. Die Sitzung fand am 13. Juli 2020 um 18:15 Uhr über Zoom (Meeting-ID: 997-909-039) statt und wurde von Katharina Sell geleitet.

Die Beschlüsse führen lediglich die Ergebnisse der gestellten Gesamtanträge auf. Die Diskussionen sind dem jeweiligen Protokoll zu entnehmen.

c/o AStA Uni Münster  
Schlossplatz 1  
48149 Münster

stupa@uni-muenster.de  
www.stupa.ms

Dienstag, 14. Juli 2020

## Antrag auf Aufhebung des Beschlusses zur Durchführung der Wahl des AStA-Vorsitzes als Briefwahl

Das Präsidium beantragt die Aufhebung des Antrags zur Durchführung einer Briefwahl.

„Das Studierendenparlament hebt seinen Beschluss vom 06. Juli 2019 zur Durchführung der Wahl des AStA-Vorsitzes als Briefwahl auf.“

(27/0/0)

## Dritte Lesung zum Nachtragshaushalt 2020\_2

Der Nachtragshaushalt 2020\_2 wurde in der dritten Lesung behandelt.

### Änderungsanträge vom Finanzreferat aus der zweiten Lesung:

#### 1. Überschrift Tabelle

Ändere in der Tabelle den Namen der Überschrift der dritten Spalte von „HH 2020“ in „NTHH 2020\_1“ und den Namen der Überschrift der vierten Spalte von „NTHH 2020\_1“ in „NTHH 2020\_2“.

#### 2. Weiterer Deckungsverbund im Titel 8850

Ändere den Namen des Titels 8850 von „Rückstellungen für allgemeine Zwecke \*# 5140 \*#1050 \*#4101 \*#5510 \*#5590“ in „Rückstellungen für allgemeine Zwecke \*#5140 \*#1050 \*#4101 \*#5510 \*#5590 \*#5592“.

Abstimmungsergebnisse werden wie folgt notiert: (Ja/Enthaltung/Nein)

### 3. Verbuchung Zinseinnahmen

Senke den Titel 1040 Zinseinnahmen allgemein von 115,09 € auf 0,00 €. Erhöhe den Titel 1041 Zinseinnahmen aus Rücklagen und Rückstellungen von 0,00 € auf 115,09 €. Begründung: Unsere Zinseinnahmen werden praktisch ausschließlich aus unseren Rücklagen und Rückstellungen generiert. Die Semesterticketgelder überweisen wir mittlerweile direkt weiter an die Verkehrsbetriebe auf Grund drohender Strafzinsen.

### 4. Einplanung Podcasts anstelle von Online-Veranstaltungen

Senke den Titel 6120 Ausgaben für Veranstaltungen der Studierendenschaft \*# 2120 von 24.000,00 € auf 19.000,00 €. Erhöhe den Titel 6140 Ausgaben für sonstige Projekte \*#2140 von 34.342,78 € auf 39.342,78 €.

## **Gesamtabstimmung über den Nachtragshaushalt 2020\_2 inklusive aller Änderungen der zweiten Lesung:**

(16/12/0)

## **Umbesetzung des Präsidiums**

Matthias Julius Werk (LHG) wird als Nachfolger von Johannes Jokiel (LHG) in das Amt des stellvertretenden Präsidenten des Studierendenparlaments gewählt.

(19/9/0)

## **Antrag auf Nachhaltigkeit an der Universität**

Das 62. Studierendenparlament beschließt:

„Das Studierendenparlament begrüßt das Engagement des AStA-Referats für Nachhaltigkeit und Mobilität für eine nachhaltige Universität. Des Weiteren begrüßt es ausdrücklich die Einrichtung und Ausschreibung einer zentralen Stelle für Nachhaltigkeit an der Universität. Für das Studierendenparlament gibt es viele Aufgaben, die diese Stelle übernehmen kann und übernehmen sollte. An erster Stelle steht hierbei der Nachhaltigkeitsbericht der Universität. Da ein Bericht alleine aber nicht genügt, um die Uni nachhaltiger zu gestalten, fordern wir unter anderem die Umsetzung der folgenden konkreten Punkte durch die zentrale Stelle:

1. Es soll ein nachhaltiges Energiekonzept für die Universität erstellt werden. Ein Kernanliegen dabei sollte der Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Gebäuden und Anlagen der Universität sein.
2. Es soll ein universitäres Fahrradkonzept erstellt werden. Hierbei ist unter anderem der Ausbau von Fahrradstellplätzen entscheidend. Ferner wären auch Ladekästen für E-Bike Akkus wünschenswert.

3. Das Fahrradkonzept sollte ein erster und wichtiger Schritt in einem universitären Mobilitätskonzept sein. In diesem sollte unter anderem auch der ÖPNV und die Busanbindung, das Bereitstellen von Job- und Azubitickets und die Einrichtung von E-Auto Ladepunkten angegangen werden
  4. Es soll des Weiteren ein Aktionsplan gegen Lichtverschmutzung durch die Uni erstellt werden
  5. Mit der Entwicklung eines Biodiversitäts-Konzepts und der Forcierung von Artenschutz-Maßnahmen soll dem Rückgang von Insektenpopulationen und dem allgemeinen Verlust von Biodiversität begegnet werden.
  6. Es soll eine Abfallvermeidungsstrategie auf allen Ebenen der Universität entwickelt und den Studierenden sowie Beschäftigten vermittelt werden.
  7. Es soll ein Umweltmanagement an der Universität entwickelt und von der Stelle organisiert werden.
  8. Die Stelle soll ein zentraler Anlaufpunkt für alle Akteur\*innen der Universität (z.B. aus Lehre und Forschung) sein und diese in ihrem Anliegen oder Bereich beraten.
  9. Auch soll die Koordinierungsstelle sich mit anderen universitären und außeruniversitären Akteur\*innen vernetzen.
- Da diese Aufgaben sehr vielfältig und von einer Person alleine nicht bewältigbar sind, stellt sich das Studierendenparlament hinter die Forderungen des AStA und der Green-Office-Initiative zur Einrichtung von einem Green-Office. Dieses und die studentische Beteiligung daran sind für eine nachhaltige Universität unverzichtbar!“

(17/8/1)

## **Antrag auf bessere Studienbedingungen an der Universität**

Das 62. Studierendenparlament beschließt:

„In vielen Fächern sind die Jobaussichten ohne einen Master-Abschluss schlecht. Daher spricht sich das Studierendenparlament für den bedarfsgerechten Ausbau der Masterplätze an der Universität aus. Hierbei sollten mindestens so viele Masterplätze vorgehalten werden, um den Bedarf der Münsteraner Studierenden mit Bachelor-Abschluss zu decken. Diese Maßnahme soll mit neuen Zugangsvoraussetzungen begleitet werden, welche Münsteraner Studierende bevorzugen und so jedem Bachelorstudierenden einen Master-Abschluss an dieser Universität ermöglichen und garantieren. Damit einhergehend muss aber auch der Zugang zu den Bachelorstudiengängen korrigiert werden. Der NC soll nicht mehr alleiniges Auswahlkriterium für die Belegung von Studiengängen sein. Zur Stärkung der FINT\*-Förderung soll ebenfalls die Kaskadenquotierung für zulassungsbeschränkte Masterstudiengänge und für Promotionsstudienplätze eingeführt werden. Dies bedeutet, dass die Studienplätze nach FINT\*-Plätzen und offenen Plätzen geteilt werden. Die Anzahl der Studienplätze für FINT\* im Studiengang richtet sich dabei am Anteil der FINT\* im vorrausgegangenen Studiengang. Bei einem FINT\*-Anteil von 40% im Bachelorstudiengang müssen so mindestens 40% der anschließenden Masterstudienplätze für FINT\* bereitgestellt werden. Promotionsstudienplätze sind solche, die im Rahmen eines Promotionsstudiengangs, eines promovierenden Kollegs oder einer strukturierten Promotion vergeben werden. Die Aufsicht zur Quotierung der Promotionsplätze soll beim Promotionsausschuss liegen, in dem auch die jewei-

lige Gleichstellungsbeauftragte vertreten sein muss! Ebenfalls muss die Durchlässigkeit für Studierende zwischen den Fachbereichen erhöht werden. Eine Teilnahme an Veranstaltungen und Prüfungen, nach Zustimmung der Dozierenden, darf nicht von irgendwelchen Kooperationsvereinbarungen abhängen. Die Freiheit der Bildung und Wissenschaft erfordert einen interdisziplinären Austausch und die Möglichkeit für Studierende auch Veranstaltungen und Prüfungen in anderen Fachbereichen unbürokratisch wahrnehmen zu können.

Der AStA soll mit einer längerfristig eingerichteten Projektstelle diese Forderungen begleiten und konkret auf ihre Umsetzung hinwirken. In die Einrichtung der Projektstelle soll ebenfalls die Fachschaften-Konferenz einbezogen werden, da die Ausgestaltung von Prüfung- und Studienordnungen und von Zulassungsordnungen in die Kompetenz der Fachbereiche fällt und damit eine enge Zusammenarbeit mit den Fachschaften essenziell für die Umsetzung unserer Forderungen ist.“

(14/1/8)

## **Zweite Lesung zur Änderung des Pressestatuts**

## **Dritte Lesung zur Änderung der Wahl- und Urabstimmungsordnung**

Die Anträge wurden auf die 29. Sitzung vertagt.